

Loosli lehnt Revision des Fernmeldegesetzes kategorisch ab

Der Swisscom-Verwaltungsratspräsident preist die Vorteile eines stabilen Aktionariats

Mue. · Der Verwaltungsratspräsident der Swisscom, Hansueli Loosli, hat die Politik davor gewarnt, die Regulierungskompetenz auf alle Telekommunikationsnetze auszudehnen. Man brauche verlässliche Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen, sagte er beim Vortrag «Swisscom ermöglicht die Zukunft», den er auf Einladung der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am Mittwochabend gehalten hat. Die Politik und die gesamte Schweiz sei bisher gut damit gefahren, allein den Zugang zu den alten PTT-Kupferkabelnetzen zu regulieren.

Loosli verwies in diesem Zusammenhang auf Erfahrungen in der EU, wo derzeit verzweifelt versucht werde, die Defizite in der Telekom-Infrastruktur als Folge einst falsch gewählter Rahmenbedingungen auszumerzen. Im internationalen Vergleich nehme das Schweizer Mobilfunk- und Festnetz dagegen Spitzenpositionen ein, was der Swisscom-Verwaltungsratspräsident mit dem bestehenden liberalen Regulierungsansatz begründete.

Loosli ist ein vor rund anderthalb Jahren geäussertes Ansinnen des Bundesrats ein Dorn im Auge. Damals wurde in einem Ergänzungsbericht die Einführung «technologieneutraler Regulierungsinstrumente auf Gesetzesstufe» ins Spiel gebracht, die aber durch den Bundesrat für einzelne Technologien erst dann freigegeben werden sollten, wenn der Wettbewerb nicht spiele und damit Regulierungsbedarf bestehe. Laut Loosli wäre diese «Regulierung auf Vorrat» ein Rückschritt gegenüber dem mit der Liberalisierung des Schweizer Telekommarktes vor 15 Jahren verfolgten Ansatz.

Wenig Verständnis zeigte Loosli für den Entscheid der Wettbewerbskommission vor mehr als drei Jahren, den Zusammenschluss von Orange, damals France Télécom, sowie Sunrise zu untersagen. Daraus hätte ein «richtiger» Konkurrent im Mobilfunknetz entstehen können. Im Umkehrschluss heisst das: Die Swisscom hat in diesem Bereich keine Konkurrenz zu fürchten.

Zurückhaltend äusserte sich Loosli zu Überlegungen, der Bund sollte sich von seinem Aktienanteil an der Swisscom trennen, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. Der Staat ist nicht nur Hauptaktionär, sondern ein grosser Swisscom-Kunde, er reguliert den Markt und vertritt die Steuerzahler. Es liege nicht an ihm, dem Eigentümer zu raten, was er zu tun habe, sagte Loosli. Vielmehr habe das bestehende Konstrukt Vorteile, weil die Swisscom ein stabiles Aktionariat habe. Er glaube nicht daran, dass sich am Status quo «vorläufig» etwas ändern werde.